

Hans-Ulrich Wehler: Die Explosion der Ungleichheit. Ein Problem von Macht und Herrschaft, S. 47-56

Erst der Streit um den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dann um Managergehälter und Mindestlöhne: Die wachsende soziale Ungleichheit ist im Wahljahr in aller Munde. Die Verfechter eines freien Kapitalismus rechtfertigen sie mit den Kräften des Marktes; der Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler hingegen hält die Privilegierung der ohnehin bevorteilten Schichten für gewollt: Die deutsche Steuerpolitik begünstigt gezielt Kapital vor Arbeit und gefährdet dadurch nicht nur das Vertrauen der Bürger, sondern auch den sozialen Frieden.

Wolfgang Streeck: Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus, S. 57-68

Fünf Jahre nach Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kennt die EU immer noch nur ein Gegenmittel: den Kauf von Zeit. Zu diesem Zweck schöpft die Europäische Zentralbank täglich neues, virtuelles Geld. Für den Soziologen Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, ist dies nur der finale Ausdruck der tiefen Legitimationskrise des Gegenwartskapitalismus. Streeck sieht Europa vor der Wahl – zwischen Kapitalismus oder Demokratie. Ohne eine grundlegende Wende werde jeder Aufschub der Krise nur von kurzer Dauer sein.

Jutta Allmendinger: Demokratie wagen: Plädoyer für eine neue Schule, S. 69-77

Fast alle sind sich heute einig, dass das deutsche Schulsystem weder gerecht noch zeitgemäß ist. Doch an der Frage, wie diese Krise überwunden werden kann, scheiden sich die Geister. Die Soziologin Jutta Allmendinger, Leiterin des Wissenschaftszentrums Berlin, plädiert für eine grundlegende Schulreform: Praktizierte Demokratie und *learning by doing* statt hierarchischer Selektion und *learning to the test*. Nur so könne Schule Kinder und Jugendliche auf die Herausforderungen einer offenen, pluralen Gesellschaft vorbereiten.

Robert Skidelsky und Edward Skidelsky: Zurück zum Wesentlichen: Was wir zum guten Leben brauchen, S. 79-90

Die gegenwärtige (Post-)Wachstumsdebatte kreist nicht zuletzt um die Frage nach dem individuellen Glück, jenseits des bloßen Bruttosozialpro-

dukts. Wie dieses Glück jedoch im Detail aussieht, scheint sich objektiven Kriterien zu entziehen. Der britische Wirtschaftshistoriker Robert Skidelsky und sein Sohn, der Philosoph Edward Skidelsky, sind hier anderer Meinung: Sieben konkrete Basisgüter machen ihrer Ansicht nach das gute Leben aus. Deren rechtliche und materielle Grundlagen zu garantieren, sei die zentrale Aufgabe des Staates.

Energiewende 2.0. Mit Beiträgen von Claus Leggewie und Reinhard Loske, S. 91-100

Die Debatte um den Anstieg der Energiepreise hat eines deutlich gemacht: Die Energiewende steckt in einer tiefen Krise. Dass die aktuelle Debatte dennoch sinnvoll und wichtig ist, zeigen die Beiträge von „Blätter“-Mitherausgeber Claus Leggewie, Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, und des früheren Bremer Umweltsenators Reinhard Loske (Bündnis 90/Die Grünen). Leggewie sieht neue Chancen für eine Versöhnung von technisch-naturwissenschaftlichem und sozial-kulturellem Denken; Loske plädiert für das Konzept des Ökobonus, um Energiesparen steuerlich zu begünstigen und damit endlich auch sozial attraktiv zu machen.

Daniel Leisegang: Amazon und die Strategie der tödlichen Umarmung, S. 101-109

Im Februar dieses Jahres sorgte eine ARD-Dokumentation über prekäre Arbeitsbedingungen beim Internet-Versandhandel Amazon für Empörung. Dass es noch ganz andere Gründe für eine kritische Einschätzung des Verkaufsimperiums gibt, stellt der Politikwissenschaftler und „Blätter“-Redakteur Daniel Leisegang heraus: Zwischenhändler, seien es Buchhändler oder Verlage, bindet Amazon durch aggressive Preispolitik derart an sich, dass sie mit dem Unternehmen nicht mehr konkurrieren und nur noch in seiner Abhängigkeit weiterleben können.

Balduin Winter: Islamismus oder neuer Aufbruch? Tunesien zwei Jahre nach der Revolution, S. 111-119

Als die Diktatoren Ben Ali, Mubarak und Gaddafi vor zwei Jahren stürzten, verfolgte Europa dies durchaus mit Wohlwollen. Mit den Erfolgen der ägyptischen Muslimbrüder und der Wahl Mohammed Mursis zum Präsidenten kamen allerdings Zweifel auf. Doch Ägypten ist nicht Tunesien. Der Publizist Balduin Winter erklärt, warum die Chiffre „Arabischer Frühling“ schon immer unterkomplex war. Trotz des Erstarkens der Islamisten spreche in Tunesien noch immer mehr für eine demokratische Lösung.